

93519-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Planungsleistungen Mieterausbau Bonn (Objektplanung, Freianlagen, Sicherheit)

OJ S 29/2025 11/02/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen Mieterausbau Bonn (Objektplanung, Freianlagen, Sicherheit)

Beschreibung: Die hier gegenständlichen Planungsleistungen dieses Vergabeverfahrens betreffen in dem Verantwortungsbereich der BImA den Mieterausbau (MAM und MAV) und umfassen im Wesentlichen Folgendes (Näheres ist der Anlage 05 „Leistungskurzbeschreibung“ zu entnehmen): a) Objektplanung, KG 300, in Anlehnung an LPH 2 – 9 HOAI b) Freianlagen, KG 500, in Anlehnung an LPH 2 – 9 HOAI, c) Planerische Leistungen für spezielle sicherheitsrelevante Bereiche Die Auftraggeberin behält sich vor, im Rahmen der späteren Verhandlungsphase den Leistungsumfang weiter zu konkretisieren/modifizieren. Es ist vorgesehen, die Planungsleistungen in einem agilen Prozess entsprechend der auftraggeberseitigen Notwendigkeiten in einzelnen Leistungsstufen und Leistungsphasen abzurufen. Ein Anspruch des späteren Auftragnehmers auf Abruf eines bestimmten Umfangs besteht nicht. Die Auftraggeberin behält sich insbesondere auch vor, einzelne Leistungen auch anderweitig zu vergeben, selbst auszuführen oder auf den Vermieter zu übertragen. Einzelheiten werden im Verhandlungsverfahren festgelegt. Es ist zulässig sich als Bieter-/Bewerber(gemeinschaft) zu bewerben. Es darf kein Interessenkonflikt vorliegen. In diesem Zusammenhang darf insbesondere kein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse des Bewerbers dahingehend bestehen, dass dessen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit gegenüber an den Vergabeverfahren für Bauleistungen teilnehmenden Unternehmen beeinträchtigen könnte. Eine Teilnahme des Auftragnehmers am Vergabeverfahren für die dann korrespondierenden Bauleistungen ist ausgeschlossen.

Kennung des Verfahrens: c1f088a2-eacc-413b-aaa1-c84b01a0b914

Interne Kennung: VOEK 648-24

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB, siehe Bewerberauskunft und Verfahrensleitfaden

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Planungsleistungen Mieterausbau Bonn (Objektplanung, Freianlagen, Sicherheit)

Beschreibung: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (im Folgenden als BlmA oder Auftraggeberin (AG) be-zeichnet) plant für die Unterbringung einer Sicherheitsbehörde die Realisierung von Mieterausbaumaß-nahmen in einem gemieteten Bestandsgebäude in Bonn. Der Bestands-Gebäudekomplex besteht aus zwölf Karrees, die an einen Mitteltrakt anschließen. Vier drei- bzw. viergeschossige zweibündige Riegel schließen sich jeweils zu einem Karree zusammen und umfassen einen Innenhof. In den Kreuzpunkten der Karrees befinden sich die Erschließungskerne. In den bestehenden Büroflächen sind weitestgehend Einzel- und Doppelbüros vorhanden. Der Hauptein-gang befindet sich im Erdgeschoss im äußersten südwestlichen Karree, welcher direkt über einen Vorplatz erreicht werden kann. Im Erdgeschoss ist ein Konferenzzentrum mit moderner Technik und Dolmetscherkabinen vorhanden. Das Gebäude hat eine BGF von 85.198 qm (UG – 7. OG, davon BGF EG für den Mieterausbau von ca. 10.000 qm und BGF UG für den Mieterausbau von ca. 2.500 qm) sowie Außenanlagenflächen von ca. 16.500 qm. Aufgrund seiner Clusterstruktur verfügt das Gebäude über 18 Treppenkerne. Zudem verfügt es über 420 Tiefgaragenstellplätze, sowie 262 Außenstellplätze, einen zentralen Empfang, 9 Personenaufzüge, 2 Lastenaufzüge und einen außenliegenden Sonnenschutz. Eine teilweise Kühlung der Räumlichkeiten ist möglich. Bevor das Gebäude der neuen Nutzung zugeführt werden kann, sind

Modernisierungsmaßnahmen einerseits durch die Vermieterin, sogenannter Vermieterausbau (VMA) und andererseits - im Verantwor-tungsbereich der BlmA (Auftraggeberin in diesem Vergabeverfahren) als Mieterin – ein Mieterausbau (MAM und MAV) vorgesehen. Dabei legt die AG besonderen Wert auf nachhaltige Konzepte und Techniken, sowohl beim Bau als auch beim Betrieb. Das gesamte Gebäude unterliegt erhöhten bauli-chen und betrieblichen Geheimschutz- und Sicherheitsanforderungen. Im Rahmen der von der Auftraggeberin (BlmA) verantwortlichen Modernisierungsmaßnahmen sind sowohl der Mieterausbau MAM als auch der Mieterausbau im Vermieterausbaubereich MAV vorgese-hen. Für diese Modernisierungsmaßnahmen werden Planungsleistungen benötigt (im hier vorliegenden Vergabeverfahren jedoch nur in dem unten dargelegten Umfang). Mieterausbau MAM (BlmA): In abgrenzbaren Teilen des Bestandsgebäudes, im Erd- und Unterge-schoss, wird die BlmA einen nutzerspezifischen Mieterausbau vornehmen. Grundlagen hierfür sind die Vorgaben der nutzerinduzierten Bedarfsplanung (Outputspezifikation). Im Wesentlichen werden fol-gende Leistungen durchgeführt, die Leistung der Planungsaufträge werden: Lagezentrum Neubau eines Rechenzentrums Neubau von NEAs (Anforderung mindestens 120h Überbrückung –

ca. 4 Stück NEA) Neubau von Räumen mit Sicherheitsanforderungen (z.B. VS-Besprechungszentrum, IT-Labore, Elektroniklabore) Neubau von Werkstattflächen, Archiv/Bibliothek/Registratur, Bürotechnik-Räumen, technischen Betriebs- und Steuerräumen Erweiterung der IT-Infrastruktur für alle Arbeitsplätze Einbau einer EMA Erweiterung der vorhandenen BMA Sicherheitszaun inkl. Überwachungsanlagen für den Außenanlagenbereich Einhaltung der Technischen Leitlinien des BSI, Übermittlung im Rahmen des Verhandlungsverfahrens Mieterausbau im Vermieterausbaubereich MAV (BlmA): In allen Obergeschossen werden nutzerspezifische Anlagen in dem vom Vermieter auf „Bürostandard“ hergerichteten Bereich nachgerüstet. Im Wesentlichen werden folgende Leistungen durchgeführt, die Leistung der Planungsaufträge werden: Pfortenbereich Erweiterung der vorhandenen BMA in nutzerspezifischen Ausbaubereichen (z.B. Sicherheits-schleusen) Einbau einer EMA Wächterkontrollanlagen (ca. 500 Kontrollpunkte) Einhaltung der Technischen Leitlinien des BSI, Übermittlung im Rahmen des Verhandlungsverfahrens Interne Kennung: VOEK 648-24

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen,

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71220000 Architekturentwurf, 71242000 Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen, 71242000 Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung, 71244000 Kalkulation und Überwachung der Kosten, 71245000 Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Vertragslaufzeit kann sich ggf. im Rahmen der Inbetriebnahme des Gebäudes um die Erweiterung der Leistungsphase 9 verlängern.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 15/04/2025

Enddatum der Laufzeit: 06/05/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# Vor Abgabe von

Teilnahmeanträgen ist eine Registrierung auf der Vergabepattform erforderlich. Die

Registrierung ist kostenlos. Eine elektronisches Signaturzertifikat ist nicht notwendig. Auf

elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge außerhalb der e-Vergabepattform des

Bun-des, wie beispielsweise durch Telefax, Telegramm, Telex oder E-Mail, sind nicht

zugelassen und führen zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren. Schriftlich eingereichte

Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen und führen ebenfalls zum Ausschluss aus dem

Vergabeverfahren. Teilnahmeanträge können nur in Textform über die Vergabeplattform eingereicht werden: — Teilnahmeanträge in Textform Angabe des Namens der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrags (Anlage 0) Die Unternehmen übermitteln ihre Teilnahmeanträge in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs mithilfe elektronischer Mittel. Der Textform entspricht nach § 126b BGB jede lesbare, dauerhafte Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist und erkennbar ist, dass die Erklärung abgegeben wurde. — elektronische Teilnahmeanträge mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / mit fortgeschrittenem elektronischem Siegel; Signatur im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrages (Anlage 0) — elektronische Teilnahmeanträge mit qualifizierter elektronischer Signatur / mit qualifiziertem elektronischem Siegel; Signatur im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrages (Anlage 0) Hinweis zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform: Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients und die Webanwendung AnA-Web sowie die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen sowie die e-VergabeApp (Crypto-Client) zur Verschlüsselung von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Die technischen Parameter der zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Webanwendung AnA-Web und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Webanwendung AnA-Web bzw. der Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selbst und der elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit. Bei technischen Fragen zur e-Vergabe-Plattform wenden Sie sich bitte an e-Vergabe HelpDesk: Telefon: +49 (0) 22899 - 610 - 1234 E-Mail: ticket@bescha.bund.de Geschäftszeiten: Montag bis Donnerstag: 08:00 bis 16:00 Uhr Freitag: 08:00 bis 14:00 Uhr Für weitere Einzelheiten zum Vergabeverfahren wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Formale Eignung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Angaben zum Unternehmen (möglichst unter Angabe von Namen, Sitz, Postanschrift, Rechtsform, Gegenstand des Unternehmens, Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register, gesetzlicher Vertretung, Ansprechpartner, Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse, gegebenenfalls zuständiger Niederlassung bzw. Standort, Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens) (siehe hierzu Anlage 1 – Bewerberauskunft). b) Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder vergleichbarer Registerauszug (als Anhang I, zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags nicht älter als sechs Monate, Kopie ausreichend). Ausländische Bewerber haben gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Diese sind zwingend ins Deutsche zu übersetzen. Ausnahme: Sollte es sich bei dem Bewerber um einen Unternehmer handeln, der z.B. als Freiberufler weder im Handelsregister / Partnerschaftsregister eingetragen ist, noch eine Gewerbeanmeldung benötigt, wird um einen entsprechenden Nachweis gebeten. c) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (siehe hierzu Anlage 1 – Bewerberauskunft) d)

Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bewerbers/Bieters zu Russland: Das am 08.04.2022 veröffentlichte 5. EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen – z.T. auch außerhalb der EU-Vergaberichtlinien. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022 sowohl Auftragsvergaben an Unternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 2022/1269 vom 27.04.2023 – aufgenommen in die EU-Verordnung 833/2014 - als auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10 % des Auftragswertes entfallen. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, ist vom Bewerber/Bieter eine entsprechende Erklärung in der Anlage 1.1 - Ergänzende Bewerberauskunft Russland Bezug - abzugeben. e) Anlage 4 - Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft: Dem Teilnahmeantrag einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist eine Erklärung beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft einem bevollmächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabeverfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen (siehe hierzu Anlage 4 – Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung). f) Eigenerklärung, dass im Wettbewerbsregister entsprechend § 2 Abs. 1 Nr. 4 WRegG keine rechtskräftigen Bußgeldentscheidungen mit einem Bußgeldwert von wenigstens 175.000 Euro wegen eines Verstoßes gegen § 24 Absatz 1 LkSG eingetragen sind und demnach die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 22 Abs. 1 LkSG nicht vorliegen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro der öffentliche Auftraggeber für den Bewerber/ Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 6 Abs. 1 WRegG einholen muss (siehe hierzu Anlage 1 – Bewerberauskunft). g) Wenn es sich um eine Bewerber-/Bietergemeinschaft handelt, so sind die vorstehend aufgeführten Nachweise für jedes Mitglied dieser Bewerber-/Bietergemeinschaft separat einzureichen. Für ausländische Bewerber ist der Nachweis der Eignung auch durch gleichwertige amtliche Bescheinigungen möglich. Nachweise in einer anderen als der deutschen Sprache sind mit einer beglaubigten Übersetzung abzugeben. h) ggf. Anlage 2 – Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer i) ggf. Anlage 3 – Erklärung zur Eignungslieferung anderer Unternehmen j) Anlage 6 – Vertraulichkeitsverpflichtung: Dem Teilnahmeantrag ist die unterschriebene Vertraulichkeitsverpflichtung beizulegen. Hinweis der Auftraggeberin: Die Anlage 7 – Erklärung Verpflichtungserklärung VS-VfD wird dem Teilnahmewettbewerb zu informatorischen Zwecken beigelegt. Dieses Formblatt wird ausgefüllt auf Verlangen der Auftraggeberin vom Bewerber einzureichen sein.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert sind eine Erklärung (siehe Anlage 1 – Bewerberauskunft) und der Nachweis (als Anhang II) einer Berufs-

/Betriebshaftpflichtversicherung mit Angabe der Deckungssumme je Versicherungsfall • für

Personenschäden • für Sachschäden • für Vermögensschäden mit Angabe des

Versicherungsunternehmens, wobei die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines

Versicherungsjahres jeweils das Zweifache dieser Deckungssumme beträgt. Alternativ kann

eine Erklärung und ein Nachweis eines Versicherers abgegeben werden, dass im Auftragsfall

eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird. Die Vorlage soll zum Zeitpunkt des

Fristendes für den Teilnahmeantrag nicht älter sein als 6 Monate. Mindestanforderung:

Erklärung und Nachweis einer bestehenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit Angabe der folgenden Deckungssummen je Schadensfall (pro Versicherungsfall mindestens zweifach maximiert) durch Vorlage einer Kopie der Police / Kopie des Nachweises: - für Personenschaden: 2 Mio. Euro (pro Schadensfall) - für Sachschäden 2 Mio. Euro (pro Schadensfall) - für Vermögensschäden: 2 Mio. Euro (pro Schadensfall) Eignungskriterium Art des Kriteriums * # --- # Eignung zur Berufsausübung # Sonstiges # Technische und berufliche Leistungsfähigkeit # Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Bezeichnung Gesamtumsatz Beschreibung a) Erklärung über den Gesamtumsatz Gefordert ist eine Erklärung über den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre – d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren 2021, 2022 und 2023 abgeschlossen wurden (siehe Anlage 1 – Bewerberauskunft), sofern das Unternehmen länger als 3 Jahre am Markt ist. b) Mindestanforderung: Durchschnittlicher Gesamtjahresumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre von mehr als 2,5 Mio. Euro (netto) Hinweis der Auftraggeberin: Auf Verlangen sind geeignete Nachweise (z.B. Bilanzen und Jahresabschlüsse oder vergleichbare Dokumente) vorzulegen.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Unternehmensdarstellung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat eine Vorstellung seines Unternehmens und ggf. die Einbeziehung von Unterauftragnehmern sowie ein Organigramm bzw. mehrere Organigramme für die vorhergesehene Leistungserbringung (je Los) ggf. mit Berücksichtigung des Unterauftragnehmer-Einsatzes als gesondertes Dokument (als Anhang III – Unternehmensdarstellung) einzureichen. Mindestanforderung: Einreichung einer Unternehmensvorstellung als gesondertes Dokument. Hinweis der Auftraggeberin: Die maximale Seitenanzahl soll je Los 2 DIN A4-Seiten nicht überschreiten

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen - Objektplanung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leistungen in den letzten acht Jahren erbracht worden sind. Durch den Bewerber / die Bürgergemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Anlage 1 – Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll. Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten (Grundanforderungen): • Name des Unternehmens / Bewerbers / Mitglieds der Bürgergemeinschaft / Unterauftragnehmers, welcher/s die Referenz erbracht hat • Name und Adresse des Referenzauftraggebers sowie Benennung des dortigen Ansprechpartners mit Telefonnummer / E-Mailadresse (Zur Überprüfung der Referenz erforderlich. Die Informationen werden nicht an Dritte weitergegeben und die Bestimmungen der DSGVO eingehalten) • Benennung des Referenzprojekts (Titel) / Kurzbeschreibung des Referenzprojekts und der erbrachten Leistung • Ort des Referenzprojekts • Zeitraum der Leistungserbringung • Angabe der Leistungsart und -umfang Verlangt werden Angaben zu ausgeführten Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von der Auftraggeberin

insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten acht Jahren in wesentlichen Teilen erbracht wurden bzw. kurz vor dem Abschluss stehen, angesehen: Erforderlich sind 3 Referenzen (Mindestanforderung), die die Leistungen der folgenden Ziffern 1-3 jeweils kumulativ umfassen und von denen mindestens eine Referenz zusätzlich die Leistung der folgenden Ziffer 4 abdeckt: (1) Planung eines Hochbauprojektes (Sanierung, Umbau oder Modernisierung) in Anlehnung für Büro/Verwaltung/Staat/Kommune mindestens Honorarzone III oder höher (2) Bürogebäude und Innenräume: In Anlehnung an Leistungsphasen 3 – 8 (nach HOAI) (3) Tatsächlichen Baukosten (KG 300-400) > 10 Mio. Euro (netto) (4) Öffentlicher Referenzbeauftragter

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenz - Nachhaltiges Bauen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leistungen in den letzten acht Jahren erbracht worden sind. Durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Anlage 1 – Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll. Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten (Grundanforderungen): • Name des Unternehmens / Bewerbers / Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / Unterauftragnehmers, welcher/s die Referenz erbracht hat • Name und Adresse des Referenzbeauftragten sowie Benennung des dortigen Ansprechpartners mit Telefonnummer / E-Mailadresse (Zur Überprüfung der Referenz erforderlich. Die Informationen werden nicht an Dritte weitergegeben und die Bestimmungen der DSGVO eingehalten) • Benennung des Referenzprojekts (Titel) / Kurzbeschreibung des Referenzprojektes und der erbrachten Leistung • Ort des Referenzprojektes • Zeitraum der Leistungserbringung • Angabe der Leistungsart und -umfang Verlangt werden Angaben zu ausgeführten Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von der Auftraggeberin insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten acht Jahren in wesentlichen Teilen erbracht wurden bzw. kurz vor dem Abschluss stehen, angesehen: Erforderlich ist 1 Referenz (Mindestanforderung), die folgende Leistungen kumulativ umfasst: (1) Erfahrung mit nachhaltigem Bauen (2) Erbringung von Leistungen für ein zertifiziertes Gebäude (nach BNB, DGNB, BREEAM oder vergleichbar)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenz - BIM-Gesamtkoordination

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leistungen in den letzten acht Jahren erbracht worden sind. Durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Anlage 1 – Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll. Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten

(Grundanforderungen): • Name des Unternehmens / Bewerbers / Mitglieds der
Bewerbergemeinschaft / Unterauftrag-nehmers, welcher/s die Referenz erbracht hat • Name
und Adresse des Referenzbeauftragers sowie Benennung des dortigen Ansprech-partners
mit Telefonnummer / E-Mailadresse (Zur Überprüfung der Referenz erforderlich. Die
Informationen werden nicht an Dritte weitergegeben und die Bestimmungen der DSGVO ein-
gehalten) • Benennung des Referenzprojekt (Titel) / Kurzbeschreibung des Referenzprojektes
und der erbrachten Leistung • Ort des Referenzprojektes • Zeitraum der Leistungserbringung •
Angabe der Leistungsart und -umfang Verlangt werden Angaben zu ausgeführten
Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen
Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von der Auftraggeberin
insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten acht Jahren in wesentlichen Teilen
erbracht wurden bzw. kurz vor dem Abschluss stehen, angesehen: Erforderlich ist 1 Referenz
(Mindestanforderung), die folgende Leistungen kumulativ umfasst: (1) Planung eines
Hochbauprojektes in Anlehnung für Büro/Verwaltung/Staat/Kommune mindes-tens
Honorarzone III oder höher unter BIM-Gesamtkoordination in seinem Verantwortungsbe-reich
(2) Bürogebäude und Innenräume: In Anlehnung an Leistungsphasen 3 – 5 (nach HOAI)
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenz - Planungsleistungen mit Geheimhaltungsgrad VS-NfD oder höher (§
4 Absatz 2 SÜG)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen
einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistun-gen mit den ausgeschriebenen
Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leis-tungen in den letzten acht
Jahren erbracht worden sind. Durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft sind folgende
nach ihrer Art und ihrem Umfang ver-gleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die
geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Anlage 1 –
Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern
genutzt werden soll. Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten
(Grundanforderungen): • Name des Unternehmens / Bewerbers / Mitglieds der
Bewerbergemeinschaft / Unterauftrag-nehmers, welcher/s die Referenz erbracht hat • Name
und Adresse des Referenzbeauftragers sowie Benennung des dortigen Ansprech-partners
mit Telefonnummer / E-Mailadresse (Zur Überprüfung der Referenz erforderlich. Die
Informationen werden nicht an Dritte weitergegeben und die Bestimmungen der DSGVO ein-
gehalten) • Benennung des Referenzprojekt (Titel) / Kurzbeschreibung des Referenzprojektes
und der erbrachten Leistung • Ort des Referenzprojektes • Zeitraum der Leistungserbringung •
Angabe der Leistungsart und -umfang Für die o.g. Punkte ist bei dieser Referenz eine
Umschreibung des Referenzbeauftragers, des Refe-renzprojektes und des Ortes des
Referenzprojektes möglich. In diesem Fall ist allerdings zwecks Überprüfbarkeit der
Referenzangaben erforderlich, dass der Bieter dem zuständigen Geheimschutzbe-auftragten
ermöglicht, sich mit dem für das Referenzprojekt zuständigen Geheimschutzbeauftragten über
das Referenzprojekt auszutauschen. Sofern eine konkrete Benennung der Person bzw. des
Refe-rates im Teilnahmeantrag nicht möglich sein sollte, muss der Bieter im Rahmen der
Aufklärung seiner Bieter-eignung entsprechend mitwirken. Verlangt werden Angaben zu
ausgeführten Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den
ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von
der Auftraggeberin insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten acht Jahren in
wesentlichen Teilen erbracht wurden bzw. kurz vor dem Abschluss stehen, angesehen:
Erforderlich ist 1 Referenz (Mindestanforderung), die folgende Leistung umfasst: -

Planungsleistungen, bei denen Unterlagen verwendet wurden, deren Sicherheitseinstufung VS-NfD (§ 4 Absatz 2 Nr. 4 SÜG) oder höher (§ 4 Absatz 2 Nr. 1-3 SÜG) war
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenz – Planungsleistungen baulicher Geheimschutzmaßnahmen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leistungen in den letzten acht Jahren erbracht worden sind. Durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Anlage 1 – Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll. Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten (Grundanforderungen): • Name des Unternehmens / Bewerbers / Mitglieds der Bewerbergemeinschaft / Unterauftragnehmers, welcher/s die Referenz erbracht hat • Name und Adresse des Referenzbeauftragers sowie Benennung des dortigen Ansprechpartners mit Telefonnummer / E-Mailadresse (Zur Überprüfung der Referenz erforderlich. Die Informationen werden nicht an Dritte weitergegeben und die Bestimmungen der DSGVO eingehalten) • Benennung des Referenzprojekts (Titel) / Kurzbeschreibung des Referenzprojekts und der erbrachten Leistung • Ort des Referenzprojekts • Zeitraum der Leistungserbringung • Angabe der Leistungsart und -umfang Für die o.g. Punkte ist bei dieser Referenz eine Umschreibung des Referenzbeauftragers, des Referenzprojekts und des Ortes des Referenzprojekts möglich. In diesem Fall ist allerdings zwecks Überprüfbarkeit der Referenzangaben erforderlich, dass der Bieter dem zuständigen Geheimschutzbeauftragten ermöglicht, sich mit dem für das Referenzprojekt zuständigen Geheimschutzbeauftragten über das Referenzprojekt auszutauschen. Sofern eine konkrete Benennung der Person bzw. des Referenzprojekts im Teilnahmeantrag nicht möglich sein sollte, muss der Bieter im Rahmen der Aufklärung seiner Bietererklärung entsprechend mitwirken. Verlangt werden Angaben zu ausgeführten Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von der Auftraggeberin insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten acht Jahren in wesentlichen Teilen erbracht wurden bzw. kurz vor dem Abschluss stehen, angesehen: Erforderlich ist 1 Referenz (Mindestanforderung), die folgende Leistung umfasst: - Planung und /oder konzeptionelle Unterstützungsleistungen hinsichtlich baulicher Geheimschutzmaßnahmen, wie z.B. spezielle abhörgeschützte Bereiche.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sicherheitsüberprüfung des vorgesehenen Personals

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber versichert (Anlage 1 – Bewerberauskunft) (Mindestanforderung), dass sich das für den Auftrag vorgesehene Personal (zumindest hinsichtlich des Verantwortlichen für die Sicherheitsplanung) - in der Geheimschutzbetreuung des BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) befindet oder - zur Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung gem. § 8 Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) bereit erklärt.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Vergabe-, Vertrags- und Projektsprache

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber versichert (Anlage 1 – Bewerberauskunft) (Mindestanforderung), dass die Vergabe- und Vertragskorrespondenz in deutscher Sprache erfolgt und die Projektsprache Deutsch ist.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Details werden in der späteren Angebotsaufforderung kommuniziert

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Details werden in der späteren Angebotsaufforderung kommuniziert

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 16/01/2025

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=739306>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Keine Angabe der Vergabe von Unteraufträgen

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 29/01/2025 09:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 61 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Näheres dazu siehe § 22 Abs. 6 VSVgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es muss die Bereitschaft zur Verpflichtung VS-NfD gemäß Anlage 07 zum Teilnahmeantrag vor Angebotsaufforderung bestehen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Finanzielle Vereinbarung: wird mit Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt

Vergabe von Unteraufträgen:

Es gilt keine Verpflichtung zur Vergabe von Unteraufträgen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf folgende

Rechtsvorschriften verwiesen: § 134 GWB Informations- und Wartepflicht, § 135 GWB

Unwirksamkeit und § 160 GWB Einleitung, Antrag. Besonders hervorzuheben ist dabei: § 134

Abs. 1,2 GWB: „(1) Öffentliche Auftraggeber haben Bieter, deren Angebote nicht

berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot

angenommen werden soll, über die Gründe der vor-gesehenen Nichtberücksichtigung ihres

Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertrags-schlusses unverzüglich in Textform

zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Informati-on über die Ablehnung ihrer

Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die

Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15

Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die

Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn

Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auf-

traggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

“ § 135 Abs. 1 GWB: „(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der

öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134 verstoßen hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige

Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat,

ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem

Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.“ § 160 GWB: „(1) Die Vergabekammer leitet

ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das

ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Kon-zession hat und eine Verletzung in

seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend

macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der

Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist

unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Ange-botsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spä-testens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftrag-geber gerügt werden, 4. mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“ Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass sämtliche vorgenannten Fristen für die Erhebung von vergaberechtlichen Rügen gegenüber der Auftraggeberin und die Fristen für die Wahrung der Zulässigkeit eines Nachprüfungsverfahrens zu beachten sind. Es gelten hinsichtlich des genauen Wortlauts der vorbenannten gesetzlichen Regelungen im Übrigen die Verfahrensleitfaden.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Organisation, die Angebote bearbeitet: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Registrierungsnummer: 0204: <991-80032-33>

Postanschrift: Ellerstraße 56

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: 0204: 991-02380-92

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: yk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

21e64430-fbee-4074-96b8-61a56145f328-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4d3873a8-88ef-4aac-80d2-95c7eaf49c65 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/02/2025 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 93519-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 29/2025

Datum der Veröffentlichung: 11/02/2025